



Wenn **wir** es nicht sagen, wer dann?

■ Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez äußerte sich zum Krieg von Donald Trump und Benjamin Netanjahu gegen den Iran wie folgt: „Angesichts eines ungerechten Krieges zu schweigen, ist keine Vernunft. Das ist Feigheit.“ Nun kennen wir die Heuchler in der deutschen und europäischen Politik nur zu gut. Was Putin zum großen Kriegsverbrecher macht, ist bei Trump und Netanjahu natürlich was ganz anderes. Doch womit keiner rechnen konnte, sogar Bundespräsident Steinmeier brandmarkte das Vorgehen Israels und der USA als völkerrechtswidrig. Die Empörung der Hardliner in unserer Parteienlandschaft und den USA- und Israel-freundlichen Mainstreammedien ließ nicht lange auf sich warten. Übrigens auch nicht in Teilen der Sozialen Medien.

Aber das zeigt die Verrücktheit unserer Zeit und die Unberechenbarkeit der aktuellen Politik. Es spiegelt aber auch die Zerrissenheit innerhalb der Bevölkerung wieder. Der Wertekompass ist verloren

gegangen. „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Nichtwissen ist Stärke“, wusste schon George Orwell in seinem Roman „1984“. Und diese gesellschaftliche Verunsicherung ist wohl auch der Grund für das oft unverständliche Verhalten der Menschen. Am liebsten würden sich die meisten verkriechen, nichts mehr sagen und die Augen vor dem Elend der Welt verschließen.

Aber genau das ist es, was es unseren Volksvertretern so leicht macht, heute dies, morgen das und übermorgen noch die viel größere Schweinerei beschließen zu können, ohne größeren Widerstand in der Bevölkerung. Es wird ja ohnehin nichts mehr wahrgenommen. Und wenn doch, dann nur mit einem hilflosen Achselzucken. Man kann ja eh nichts machen.

Doch genau das ist der falsche Ansatz. Die Veränderung beginnt nicht damit, dass wir alles schlucken und in uns hineinfressen. Zur Wahrheit gehört, dass wir diese viel zu selten aussprechen. Viel zu oft frei-

willig in die Defensive gehen. Nein, unsere Aufgabe ist es, das zu sagen, wovor sich andere drücken. Unsere Meinung zu äußern, wo es notwendig ist. Wenn wir nicht sagen, was wir von der Regierung halten, dass wir gegen Kriege sind und zwar gegen alle, dass uns die Kriegstreiber in den verschiedenen Parteien derart auf den Keks gehen, dass wir den Umgang der Parlamentarier im Bundestag mit den Bürgern für unerträglich halten, dass wir gegen die ständigen Verstöße gegen die Menschenrechte im eigenen Land protestieren, dass wir uns gegen die maßlosen Steuerpläne wehren und dass wir ein friedliches und gerechtes Europa wollen, ohne Lobbyeinfluss und vom Staat finanzierte NGOs, und dass wir berechtigte Zweifel an der Klimahysterie haben. Wenn **WIR** das nicht sagen, wer dann?

Die Menschen können über alles den Mantel des Schweigens ausbreiten und verzweifelt resignieren. Aber aufgeben ist keine Option! | HM



Ist der Iran das absolut Böse?

VON HERBERT MAYER

■ „Das iranische Mullah-Regime hat 30.000 Demonstranten im Januar dieses Jahres brutal abgeschlachtet. Das Regime muss weg, mit allen Mitteln. Der israelisch-amerikanischen Allianz blieb gar nichts anderes übrig, als militärisch zu versuchen, das Land und die Bevölkerung von seinen Unterdrückern zu befreien.“ So oder so ähnlich lauten die Argumente derer, die sich den Angriff auf den Iran schönreden oder sogar befürworten. Der Iran habe es sich seit jeher zur nationalen Aufgabe gemacht, Israel auszulöschen¹ und schrecke seit Jahren nicht davor zurück, den Terror weltweit und speziell die Hamas und die Hisbollah sowie die Huthis zu finanzieren, den islamischen Staat in allen westlichen Länder zu „etablieren“ und die Gesellschaft zu infiltrieren. Erklärtes Ziel des Irans sei es zudem, in den Besitz von Atomwaffen zu kommen, um eine entsprechende Drohkulisse im Nahen Osten gegenüber Israel aufzubauen. Einfach gesagt: Der Iran sei das absolut Böse in der Region, zu allem fähig und er bedrohe permanent den Frieden – und vor allem Israel.

Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Iran und die zunehmende Verarmung der Bevöl-

kerung seien nicht darauf zurückzuführen, dass das Land seit Jahrzehnten unter massiven Sanktionen seitens des Westens leidet, sondern habe seinen Grund in der Tatsache, dass alle Mittel in die Rüstung und Verteidigung mit modernsten Waffen gesteckt würden. Wie sonst könne der Iran einen derartigen Widerstand leisten – entgegen der Erwartung seiner Gegner? Man hatte wohl erwartet, dass sich die iranische Führung binnen weniger Tage vor den Angreifern in den Staub wirft, kapituliert und das Volk in Jubelgesänge ausbricht. Welch grandiose Selbstüberschätzung. Offensichtlich bereitete sich der Iran seit mehr als dreißig Jahre auf einen Angriff Israels oder/ und den USA vor.

Fragt man nach den Quellen für die 30.000 Opfer² des Januars, so wird die Argumentationslinie schon etwas brüchiger. Wer die Kriegsberichterstattung beim Ukraine-Russland-Krieg beobachtet, weiß um die manipulierten Bilder und Szenen, die uns präsentiert werden. Emotionen zu wecken ist eines der vordringlichsten Ziele. Von beiden Seiten. Und deshalb wären alle gut beraten, auch im Iran-Krieg Vorsicht walten zu lassen. Es ist wie bei allen Informationen, aus welcher Quelle auch immer, sie können von den wenigsten unter uns überprüft und verifi-

ziert werden. Wem glauben wir also? Zumindest sollten wir immer beide Seiten zu Wort kommen lassen.

Wer den Krieg gegen den Iran mit dessen „brutalem Regime“ rechtfertigt, lässt die historische Entwicklung im Nahen Osten völlig außer Acht. Weder berücksichtigt er die jüngere iranische Geschichte – Stichwort CIA-Putsch 1953 – noch das Verhalten Israels in den vergangenen Jahrzehnten – Stichwort Groß-Israel. Bis zum heutigen Tag sehen wir, mit welcher Rigorosität Israel seine Machtansprüche in der Region durchsetzt. Libanon, Jordanien, Syrien, Irak und in besonders abscheulicher Weise der Umgang mit den Palästinensern in Gaza.

Selbst manche Kritiker des Ukrainekriegs verteidigen das Vorgehen gegen den Iran. Kann es sein, dass sich viele mit einer Verurteilung des völkerrechtswidrigen Handelns von USA und Israel schwer tun, weil es sich (zufällig) auch um linke Positionen handelt?³ Wer für Palästina demonstriert, gilt als linksextrem, als Antisemit und wird in der Öffentlichkeit und in den Mainstream-Medien gerne als „Judenhasser“ diffamiert. Schon Kritik an den USA verbieten sich viele unserer Transatlantiker, aber Kritik an Israel ist ein absolutes No-Go in Deutschland.

Wer sich einmal mit der iranischen Sicht der Dinge befasst, sollte den im Folgenden abgedruckten Brief des iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian an das amerikanische Volk lesen. Es wäre zu einfach, das und vieles, was für den Iran und gegen Israel und die USA spricht, als Propaganda abzutun.

Wer dagegen die Rhetorik und die Drohgebärden des amerikanischen Präsidenten Donald Trump betrachtet, müsste nachdenklich werden bezüglich der eigentlichen Motivation, die hinter seinen Äußerungen steht: „Wir werden euch in die Steinzeit zurückbomben und ihr werdet in der Hölle leben.“

Gerade in diesem Krieg, dessen Ausmaß und Folgen wir noch nicht einmal erahnen können, sollte man alle Seiten hören und gut zuhören. Daneben muss für alle friedfertigen Mensch gelten: Nie wieder Krieg, egal wo auf der Welt. Krieg ist kein Mittel zur Lösung irgendeines Problems, sondern bedeutet immer Zerstörung, Leid und Tod von unzähligen Unschuldigen. ■

1 Ulrike Guérot hält diese Aussage für einen Übersetzungsfehler. Mehr dazu in ihrem Videoblog v. 13.3.26: <https://www.youtube.com/watch?v=Q02abES2UyE> ab min. 6:58

2 Propagandaforscher Jonas Tögel bezweifelt diese Zahl. Sehenswert dazu sein Video dazu: <https://www.youtube.com/watch?v=GitOFCNjb5c> insbesondere ab min. 22:28

3 Zum Begriff „links“ führt Michael Meyen ein interessantes Gespräch mit Michael Sailer <https://www.youtube.com/watch?v=DpOebvqrUEY> (Was ist eigentlich „links“? Michael Sailer über Freiheit, Staat und Macht)

Brief des iranischen Präsidenten an das amerikanische Volk

Im Namen Gottes, des Barmherzigen, des Gnädigen

An das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika und an alle, die inmitten einer Flut von Verzerrungen und erfundenen Erzählungen weiterhin nach der Wahrheit su-

chen und nach einem besseren Leben streben:

Der Iran – mit diesem Namen, diesem Charakter und dieser Identität – ist eine der ältesten ununterbrochen bestehenden Zivilisationen der Menschheitsgeschichte. Trotz seiner historischen und geografischen Vorteile zu verschiedenen Zeiten hat der Iran in seiner modernen Geschichte niemals den Weg der Aggression, der Expansion, des Kolonialismus oder der Herrschaft eingeschlagen. Selbst nachdem er Besatzung, Invasion und anhaltenden Druck seitens globaler Mächte erdulden musste – und obwohl er über militärische Überlegenheit gegenüber vielen seiner Nachbarn verfügt –, hat der Iran niemals einen Krieg begonnen. Dennoch hat er diejenigen, die ihn angegriffen haben, entschlossen und mutig zurückgeschlagen.

Das iranische Volk hegt keine Feindseligkeit gegenüber anderen Nationen, einschließlich der Menschen in Amerika, Europa oder den Nachbarländern. Selbst angesichts wiederholter ausländischer Interventionen und Druckausübung im Laufe seiner stolzen Geschichte haben die Iraner stets klar zwischen Regierungen und den von ihnen regierten Völkern unterschieden. Dies ist ein tief verwurzelttes Prinzip in der iranischen Kultur und im kollektiven Bewusstsein – keine vorübergehende politische Haltung.

Aus diesem Grund entspricht die Darstellung des Iran als Bedrohung weder der historischen Realität noch den heute beobachtbaren Tatsachen. Eine solche Wahrnehmung ist das Produkt politischer und wirtschaftlicher Launen der Mächtigen – der Notwendigkeit, einen Feind zu konstruieren, um Druck zu rechtfertigen, militärische Dominanz aufrechtzuerhalten, die Rüstungsindustrie zu stützen und strategische Märkte zu kontrollieren. In einem solchen Umfeld wird eine Bedrohung, wenn sie nicht existiert, erfunden.

In diesem Rahmen haben die Vereinigten Staaten die größte Anzahl ihrer Streitkräfte, Stützpunkte und militärischen Kapazitäten rund um den Iran konzen-

triert – ein Land, das zumindest seit der Gründung der Vereinigten Staaten noch nie einen Krieg begonnen hat. Jüngste amerikanische Aggressionen, die von eben diesen Stützpunkten aus gestartet wurden, haben gezeigt, wie bedrohlich eine solche militärische Präsenz tatsächlich ist. Natürlich würde kein Land, das mit solchen Bedingungen konfrontiert ist, darauf verzichten, seine Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Was der Iran getan hat – und weiterhin tut –, ist eine angemessene Reaktion, die auf legitimer Selbstverteidigung beruht, und keineswegs eine Kriegserklärung oder Aggression.

Die Beziehungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten waren ursprünglich nicht feindlich, und die frühen Kontakte zwischen dem iranischen und dem amerikanischen Volk waren nicht von Feindseligkeit oder Spannungen geprägt. Der Wendepunkt war jedoch der Staatsstreich von 1953 – eine illegale amerikanische Intervention, die darauf abzielte, die Verstaatlichung der iranischen Ressourcen zu verhindern. Dieser Staatsstreich unterbrach den demokratischen Prozess im Iran, führte zur Wiedereinführung der Diktatur und säte tiefes Misstrauen unter den Iranern gegenüber der US-Politik. Dieses Misstrauen vertiefte sich weiter durch die Unterstützung der USA für das Regime des Schahs, ihre Unterstützung für Saddam Hussein während des aufgezwungenen Krieges der 1980er-Jahre, die Verhängung der längsten und umfassendsten Sanktionen der modernen Geschichte und schließlich durch unprovokierte militärische Aggressionen – zweimal, mitten in Verhandlungen – gegen den Iran.

Doch all dieser Druck hat den Iran nicht geschwächt. Im Gegenteil, das Land ist in vielen Bereichen stärker geworden: Die Alphabetisierungsrate hat sich verdreifacht – von etwa 30 % vor der Islamischen Revolution auf über 90 % heute; das Hochschulwesen hat sich dramatisch ausgeweitet; bedeutende Fortschritte wurden in der modernen Technologie erzielt; die

Gesundheitsversorgung hat sich verbessert; und die Infrastruktur hat sich in einem Tempo und Ausmaß entwickelt, das mit der Vergangenheit nicht zu vergleichen ist. Dies sind messbare, beobachtbare Realitäten, die unabhängig von erfundenen Narrativen bestehen.

Gleichzeitig dürfen die zerstörerischen und unmenschlichen Auswirkungen von Sanktionen, Krieg und Aggression auf das Leben des widerstandsfähigen iranischen Volkes nicht unterschätzt werden. Die Fortsetzung der militärischen Aggression und die jüngsten Bombardierungen beeinflussen das Leben, die Einstellungen und die Perspektiven der Menschen zutiefst. Dies spiegelt eine grundlegende menschliche Wahrheit wider: Wenn Krieg Leben, Häuser, Städte und Zukunftsperspektiven irreparablen Schaden zufügt, werden die Menschen den Verantwortlichen gegenüber nicht gleichgültig bleiben.

Dies wirft eine grundlegende Frage auf: Welchen Interessen des amerikanischen Volkes dient dieser Krieg tatsächlich? Gab es eine objektive Bedrohung durch den Iran, die ein solches Verhalten rechtfertigen würde? Dient das Massaker an unschuldigen Kindern, die Zerstörung von Einrichtungen zur Krebsbehandlung oder das Prahlen damit, ein Land „in die Steinzeit zurückzubomben“, einem anderen Zweck als dem, das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt weiter zu schädigen?

Der Iran strebte Verhandlungen an, erzielte eine Einigung und erfüllte alle seine Verpflichtungen. Die Entscheidung, von diesem Abkommen zurückzutreten, die Eskalation in Richtung Konfrontation und die Durchführung zweier Aggressionsakte mitten in den Verhandlungen waren destruktive Entscheidungen der US-Regierung – Entscheidungen, die den Wahnvorstellungen eines ausländischen Aggressors dienen.

Angriffe auf die lebenswichtige Infrastruktur des Iran – einschließlich Energie- und Industrieanlagen – richten sich direkt gegen das iranische Volk. Solche Handlungen

stellen nicht nur ein Kriegsverbrechen dar, sondern haben auch Konsequenzen, die weit über die Grenzen des Iran hinausreichen. Sie führen zu Instabilität, erhöhen die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten und perpetuieren Spannungszyklen, indem sie den Keim für Ressentiments säen, die noch Jahre andauern werden. Dies ist kein Zeichen von Stärke; es ist ein Zeichen strategischer Ratlosigkeit und der Unfähigkeit, eine nachhaltige Lösung zu erreichen.

Ist es nicht auch so, dass Amerika diese Aggression als Stellvertreter Israels begonnen hat, beeinflusst und manipuliert von diesem Regime? Ist es nicht wahr, dass Israel durch die Erfindung einer iranischen Bedrohung versucht, die weltweite Aufmerksamkeit von seinen Verbrechen gegenüber den Palästinensern abzulenken? Ist es nicht offensichtlich, dass Israel nun darauf abzielt, den Iran bis zum letzten amerikanischen Soldaten und bis zum letzten Dollar der amerikanischen Steuerzahler zu bekämpfen – und dabei die Last seiner Wahnvorstellungen auf den Iran, die Region und die Vereinigten Staaten selbst abwälzt, um unrechtmäßige Interessen zu verfolgen?

Gehört „America First“ heute wirklich zu den Prioritäten der US-Regierung?

Ich lade Sie ein, hinter die Maschinerie der Desinformation zu blicken – die ein wesentlicher Bestandteil dieser Aggression ist – und stattdessen mit denen zu sprechen, die den Iran besucht haben. Beobachten Sie die vielen erfolgreichen iranischen Einwanderer – ausgebildet im Iran –, die heute an den renommiertesten Universitäten der Welt lehren und forschen oder in den fortschrittlichsten Technologieunternehmen des Westens mitwirken. Stimmen diese Realitäten mit den Verzerrungen überein, die Ihnen über den Iran und sein Volk erzählt werden?

Heute steht die Welt am Scheideweg. Den Weg der Konfrontation weiter zu beschreiten, ist kostspieliger und sinnloser denn je zuvor. Die Wahl zwischen Konfrontation und Engagement ist sowohl

real als auch folgenreich; ihr Ausgang wird die Zukunft künftiger Generationen prägen. Im Laufe seiner jahrtausendealten, stolzen Geschichte hat der Iran viele Angreifer überdauert. Von ihnen sind nur noch befleckte Namen in der Geschichte übrig geblieben, während der Iran fortbesteht – widerstandsfähig, würdevoll und stolz.

<https://seniora.org/politik-wirtschaft/iran/iranischer-praesident-veroeffentlicht-oeffenen-brief-an-das-amerikanische-volk>



Eklatanter Unsinn

Der EU-Rat hat ein Kompletterbot für russisches Erdgas beschlossen: Flüssiggas soll ab dem 1.1.2027, Pipeline-Gas ab dem 30.9.2027 nicht mehr in die EU eingeführt werden. Verstöße können mit hohen Geldstrafen geahndet werden. Die EU-Kommission kann das Verbot im Notfall vorübergehend aussetzen.

Das Verbot wurde trotz Widerstands aus Ungarn und der Slowakei verabschiedet. Angesichts historisch niedriger Speicherstände & wachsender Abhängigkeit von LNG-Importen aus den USA warnen Experten vor möglichen Versorgungsrisiken und steigenden Preisen. Durch den Krieg im Iran erhält diese fatale Entscheidung eine ganz neue Dimension.

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: prawny/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

„Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren“

„Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse.“ So definiert die Bundeszentrale für politische Bildung diesen Begriff. Und sie stellt sehr richtig fest: „Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren.“



Deshalb stellen wir aktuell in jeder Ausgabe der UNZENSIERT eine Propaganda-Methode vor. Die Texte sind dem Buch „Moderne Propaganda“ entnommen, das wir in UNZENSIERT 21, S. 5 vorgestellt haben.

(Redaktion)

Johannes Menath,
Moderne Propaganda.
80 Methoden der Meinungslenkung,
Zeitgeist Verlag,
ISBN 978-3-943007-42-8

Agenda Setting

Die Medien können durch positive Berichterstattung Autorität erzeugen und durch Diffamierungskampagnen diese wieder vernichten. Und sie haben die Macht, zu entscheiden, welche Themen als wichtig erachtet werden sollen und welche nicht. Indem über bestimmte Bereiche verstärkt oder überhaupt berichtet wird, geht der Konsument davon aus, sie seien bedeutsamer als andere. Ein solches Vorgehen nennt man Agenda Setting: Etwas wird durch die Medien „auf die Tagesordnung gesetzt“. Dies kann auch dazu dienen, von unerwünschten Themen abzulenken oder die Bevöl-

kerung mental auf politische Entscheidungen vorzubereiten. Füllt etwa plötzlich das „Regime“ eines bestimmten Landes die Nachrichten, das vor einigen Monaten noch unwichtig zu sein schien, ist dies häufig Anzeichen eines bevorstehenden Konflikts.

Wenn bestimmte Themen den medialen Diskurs dominieren und andere verdrängen, hängt dies nicht immer mit einer tatsächlichen Relevanzverschiebung zusammen, sondern mit einer veränderten politischen Agenda. Die Medien greifen dann also keine gesellschaftliche Diskussion auf, vielmehr erzeugen sie diese durch selbsterfüllende Prophezeiung, indem sie ein Thema für relevant erklären, den Fokus darauf lenken und es häufig überemotio-

nal aufbereiten. Hinter solchen Medienkampagnen verschwinden komplexe Prozesse, die das gesellschaftliche wie auch wissenschaftliche Leben aber ausmachen, aus dem Blickfeld. Beliebt ist beispielsweise die Reduzierung auf einen monokausalen Zusammenhang, also eine einzige Ursache herauszuheben, was der Komplexität und den Wechselwirkungen in unserer mikro- und makroskopischen Welt alles andere als gerecht wird. Das Postulat einer Monokausalität hat indes den Vorteil, dass gewünschte politische Entscheidungen und Maßnahmen daran festgemacht werden können.

150 Euro zu Ostern: Die Linke hatte einen Geistesblitz

Wenn der Staat versagt, oder muss man sagen, wenn den Politikern die Unverschämtheiten der Regierung schon selbst peinlich werden, dann versucht man, sich der Dummheit des Volkes zu bedienen.

Die Linke hatte kurz vor Ostern einen Vorschlag präsentiert: Jeder Bürger in Deutschland solle ein-

malig 150 Euro als „Energiegeld“ oder Osterprämie bekommen. Damit sollen Familien trotz hoher Sprit- und Bahnpreise Verwandte besuchen können – und gleichzeitig den Gewinnen der Energiekonzerne etwas entgegengesetzt werden.

Die Vorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken sprechen von einer einfachen Lösung, die direkt auf die Konten ausgezahlt

werden soll. Für alle rund 83,5 Millionen Einwohner würde das allerdings rund 12,5 Milliarden Euro kosten. Finanzieren will man das unter anderem durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. (!)

Der Vorschlag zeigt einmal mehr, wie die politische Debatte läuft: Erst Belastungen schaffen, dann kleine Rückzahlungen verteilen – und das Ganze als soziale Geste verkaufen.



Sie können das nur machen, weil die große Mehrheit schweigt

VON HERBERT MAYER

■ *Bei den letzten Landtagswahlen lag die FDP unter 5%, und nicht wenige sprechen schon davon, dass es die FDP in absehbarer Zeit in Deutschland nicht mehr geben wird. Aber es gab auch andere Zeiten, besonders die Zeit, in der Guido Westerwelle die Partei führte. Sein Todestag jährte sich am 18. März 2026 zum zehnten Mal.*

In einem Video vom 13. Mai 2011 hält Guido Westerwelle eine bemerkenswerte Rede, die damals schon in erstaunlicher Weise unsere heutige Situation beschreibt und aus der wir hier einen Ausschnitt transkribiert haben:

[...] „Die Freiheitsbedrohung in Deutschland, die kommt nicht mit Gewalt und laut daher, sondern sie kommt leise daher. Sie kommt mit allerlei Begründungen daher, mit oftmals auch gut gemeinten Begründungen. Z. B. wenn es um die Bürgerrechte geht, in Zeiten,

wo wir alle Sorge haben wegen Terrorgefahr und wo wir alle natürlich auch alles tun müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger, dass sie unversehrt ein glückliches Leben führen können. In solchen Zeiten kommen dann Parteien und Politiker her und sagen, das ist die Zeit, wo man wieder mal günstig Bürgerrechte, die uns sowieso immer ein wenig stören, scheinbarweise reduzieren kann. Freiheit stirbt immer zentimeterweise, hat einmal Karl-Hermann Flach [FDP-Politiker †25. 8. 1973] formuliert. Und Freiheit stirbt nicht durch Politiker, stirbt nicht dadurch, dass man Bürgerrechte und Freiheitsrechte von Politik wegen einschränken will, sondern dann wird es gefährlich für die Freiheit, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Immunsystem vergessen, das sie wappnen muss gegen jede Freiheitsbedrohung. Und für mich ist es das entscheidende Selbstverständnis unserer Partei, dass wir eben sagen, für uns kommt

zuerst der Bürger, erst dann der Staat.

Andere Parteien vertrauen zuerst dem Staat und vertrauen erst dann dem Bürger. Man kann mit dem Vorwand, man schaffe Sicherheit, jedes Bürgerrecht in Zweifel ziehen. Man kann mit dem Vorwand, die Sicherheit brauche das, jede gesetzliche Verschärfung beschließen. Wir wehren das ab, wo wir können, in der Bundesregierung, im Parlament. Aber meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen auch selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die sich den Satz nicht gefallen lassen: Wer nichts zu verbergen hat, soll sich doch gefälligst nicht beklagen. Nein, wir wollen ein Volk von selbstbewussten Staatsbürgern und nicht von Staatskunden, nicht von Untertanen. Bürgerrechte zu verteidigen, das ist eine heilige Aufgabe der FDP zu allen Zeiten in der Vergangenheit und auch in Zukunft“ [...]

Guido Westerwelle hat in dieser Rede genau die Situation vorausgesagt, die wir heute in Deutschland haben. Eingeschüchterte und verängstigte Bürger, die sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen. Denen in fataler Weise Abschreckungsbeispiele vor Augen geführt werden, die zeigen, was passiert, wenn man sich gegen die Meinung und gegen das Handeln des Staates zur Wehr setzt oder auch nur Kritik äußert. Nicht nur in Deutschland, vor allem auch in der EU. Man denke hier an die Sanktionen gegen kritische Bürger wie Hüseyin Dođru, Jaques Baud, Thomas Röper, Alina Lipp und andere. Man denke an Ärzte und Richter, die von der Justiz in Deutschland auch heute noch gnadenlos verfolgt werden, oder an die angeblichen „Reichsbürger“, die seit mehr als drei Jahren in Untersuchungshaft sitzen, ohne stichhaltige Beweise, während Politiker, die gegen Menschenrechte verstoßen und sich oftmals noch daran bereichert haben, in gepolsterten Sesseln, vom Bürger finanziert, weiter ihr Unwesen treiben können.

Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Zeit zeigt drastisch, wie Lügen salonfähig gemacht werden von denen, die keinerlei Konsequenzen in dieser, unserer Demokratie fürchten müssen.

Aber wie Guido Westerwelle richtig bemerkt: Sie können das nur machen, weil die große Mehrheit schweigt, ihr „Immunsystem“ und ihre Sensoren für die bedrohte Freiheit in unerklärlicher Weise geschwächt oder ganz verloren gegangen ist. Die Opfer von Propaganda und Gehirnwäsche durch Regierungsmedien wurden und in einer seltsamen Lethargie alles abnicken. Und sei es noch so voller Widersprüche.

Was die Regierung auf internationaler Ebene abliefern ist gelinde gesagt gruselig. Und was sie im eigenen Land anrichtet eine nationale Katastrophe. Längst hat sie die Interessen des Landes aus den Augen verloren. Sie folgt kritiklos der europäischen Linie von Zerstörung und Machtmissbrauch, nicht zuletzt deswegen, weil sie maßgeblicher Teil dieser Entscheidungen ist. Die grenzenlose Unfähigkeit beim Thema Frieden, sowohl in der Ukraine wie auch jetzt im Iran, führt zu einer beispiellosen Kettenreaktion von falschen Entscheidungen. Die Verstrickung in den Russland-Ukraine-Krieg mit dem freiwilligen Verzicht auf russische Energie ist an politischer Kurzsichtigkeit kaum zu toppen. Die kritiklose Akzeptanz der israelischen und amerikanischen Kriegsgewalt im Iran zeigt eine Verantwortungslosigkeit gegenüber den eigenen deutschen Interessen, wie sie abgründiger nicht sein könnte. Und während deutschen Politikern kein Wort zum Völkerrecht über die Lippen kommt, werden die Bürger in Deutschland auf Energieengpässe eingestimmt, auf Treibstoffrationierung und Lebensmittelknappheit, weil die Lieferketten in der Straße von Hormus unterbrochen sind. Gleichzeitig wird in den deutschen Regierungskreisen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und das Ende des Ehegattensplittings diskutiert. Und nicht zu vergessen – die Pro-

blemlösung gegen zu hohe Spritpreise: Diese dürfen jetzt nur noch einmal am Tag (kräftig), statt bisher mehrmals am Tag moderat erhöht werden. Die Politik zeigt dem Bürger ganz offen, für wie bescheuert sie ihre Untertanen hält.

Wann haben wir zuletzt einen Politiker wie Westerwelle gehört, der die Bürger dieses Landes dazu aufgerufen hat, nicht den Duckmäuser vor dem Staat zu spielen, sondern stark zu sein und aufzustehen, auch gegen den Staat. Der schleichende Verlust von Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung und Bürgerrechten ist in Deutschland nur möglich, weil sich die Menschen nicht vorstellen können, was das Zögern, das unentschlossene Herumlavieren der deutschen Regierung für Konsequenzen nach sich zieht. Doch die Kurzsichtigkeit der deutschen Regierung wird kaschiert durch Nebelkerzen, die den deutschen Michel ablenken sollen von allen lebensbedrohlichen Gefahren, willfährig begleitet durch die gesamte deutsche Medienlandschaft. Nicht die Kriege im Osten und Süden sollen den Bürger beschäftigen, nicht die Gefahr eines Energie-Lockdowns oder eines Atomkriegs die Gemüter beunruhigen, sondern die schlagzeilenträchtigen

gen Pornogeschichten deutscher C-Promis.

Überregulierung und gesellschaftliche Polarisierung sind das Ergebnis. Kritiker warnen davor, dass Grundrechte unter dem Vorwand von Sicherheit und Krisenbewältigung schrittweise ausgehöhlt werden. Und genau das hat Guido Westerwelle vorausgesagt. Genau das haben wir heute. Das grandiose Politikversagen wird weitestgehend kritiklos hingenommen aus Furcht vor gesellschaftlichen Sanktionen oder politischer Verfolgung und Bestrafung. Hausdurchsuchungen bei geringsten Vergehen, die schrittweise Abschaffung des Bargelds und Beschränkung persönlicher Freiheit und Privatsphäre. Kritiker sehen darin einen großen Schritt hin zur Überwachung des Konsumverhaltens und letztlich die Einschränkung aller Freiheitsrechte.

Wenn die Bürger auf Veränderungen hoffen, aber immer die gleichen Phantomdemokraten wählen, wird sich niemals etwas für das Land, nichts für die Menschen und nichts für Europa ändern. ■

Die Rede von Guido Westerwelle:
<https://www.youtube.com/watch?v=3RCRXnbi8OY>

SPD gegen Arbeiterfamilien!



Die SPD will offensichtlich auch noch die letzten Arbeiter aus ihrer Wählerschaft vergraulen. Denn Lars Klingbeil hat angekündigt, Arbeiterfamilien durch die Abschaffung des Ehegattensplittings massiv unter Druck zu setzen.

Dies hätte zur Folge, dass Familien mit unterschiedlich hohem Einkommen beider Ehepartner eine deutlich erhöhte Steuerlast tragen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn ein Ehepartner weniger arbeitet, um sich mehr um die Familie zu kümmern.

Klingbeil spricht von einer „Teilzeit-Falle“ für Frauen und will offensichtlich erreichen, dass in mehr Fällen beide Ehepartner in Vollzeit arbeiten.

Und was ist mit den Kindern, Herr Klingbeil? So eine Politik sorgt dafür, dass Deutschland noch familienunfreundlicher wird sich noch mehr Paare doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie sich Kinder überhaupt leisten können. Die SPD ist keine Arbeiterpartei sondern eine Arbeitverräterpartei!

Nichts Neues unter der Sonne oder: Alles schon mal dagewesen

Wilhelm von Humboldt: „Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792)

Offenbar ist die Tendenz, dass die von den Bürgern eingesetzte Verwaltung immer weniger den Interessen des Volkes dient, sondern mehr und mehr um sich selbst kreist, so alt wie die Staatsgebilde selbst. Dabei verstärken sich zwei eigentlich gegensätzliche Richtungen kurioserweise: Zum einen wird Verantwortung auf immer mehr Schultern verteilt – so dass im Falle des Scheiterns niemand eine Schuld trifft; zum anderen will sich aber jeder Staatsdiener ungeheuer wichtig fühlen, was sich in Titeln sowie Größe seiner Abteilung und Höhe des Budgets ausdrückt.

Der preußische Gelehrte und Staatsmann Wilhelm von Humboldt verfasste seine Theorien über den Staat mit 25 Jahren zu einer Zeit, als Frankreich durch die Revolution umgekrempelt und in Nordamerika die neue Verfassung den Menschen ihre Grundrechte garantieren sollte. Hier einige Auszüge mit verblüffend aktuellen Bezügen (Hervorhebungen durch die Redaktion):

... „Jeder, der sich mit der höheren Staatsverwaltung zu beschäftigen Gelegenheit hat, fühlt gewiß aus Erfahrung, wie wenig Maßregeln eigentlich eine unmittelbare, absolute, wie viele hingegen eine bloß relative, mittelbare, von andern vorhergegangenen abhängende Notwendigkeit haben. Dadurch wird daher **eine bei weitem größere Menge von Mitteln notwendig**, und eben diese Mittel werden der Erreichung des eigentlichen Zwecks entzogen. Nicht allein daß ein solcher Staat **größerer Einkünfte** bedarf, sondern er erfordert auch künstlichere Anstalten zur Erhaltung der eigentlichen politischen Sicherheit, die Teile hängen weniger von selbst fest zusammen, die Sorgfalt des Staats muß bei weitem tätiger sein. Daraus entspringt nun eine gleich schwierige und leider nur zu oft vernachlässigte Berechnung, ob die natürlichen Kräfte des Staats zu Herbei-

schaffung aller notwendig erforderlichen Mittel hinreichend sind, und fällt diese Berechnung unrichtig aus, ist ein wahres Mißverhältnis vorhanden, **so müssen neue künstliche Veranstaltungen die Kräfte überspannen**, ein Übel, an welchem nur zu viele neuere Staaten, wenngleich nicht allein aus dieser Ursache, krankten.

Vorzüglich ist hiebei ein Schaden nicht zu übersehen, weil er den Menschen und seine Bildung so nahe betrifft, nämlich daß die eigentliche Verwaltung der Staatsgeschäfte dadurch eine Verflechtung erhält, welche, um nicht Verwirrung zu werden, **eine unglaubliche Menge detaillierter Einrichtungen bedarf und ebenso viele Personen beschäftigt. Von diesen haben indes doch die meisten nur mit Zeichen und Formeln der Dinge zu tun.** Dadurch werden nun nicht bloß viele vielleicht treffliche Köpfe dem Denken, vie-



Wilhelm von Humboldt
(1767–1835)

Bild: Humboldt-Gesellschaft

le sonst nützlicher beschäftigte Hände der realen Arbeit entzogen, **sondern ihre Geisteskräfte selbst leiden durch diese zum Teil leere, zum Teil zu einseitige Beschäftigung.** Es entsteht nun ein neuer und gewöhnlicher Erwerb, Besorgung von Staatsgeschäften, und dieser **macht die Diener des Staats so viel mehr von dem regierenden Teile des Staats, der sie besoldet, als eigentlich von der Nation abhängig.**

Welche fernern Nachteile aber noch hieraus erwachsen, welches Warten auf die Hilfe des Staats, welcher Mangel der Selbständigkeit, welche falsche Eitelkeit, welche Untätigkeit sogar und Dürftigkeit, beweist die Erfahrung am unwidersprechlichsten. Dasselbe Übel, aus welchem dieser Nachteil entspringt, wird wieder von demselben wechselsweis hervor gebracht. Die, welche einmal die Staatsgeschäfte auf diese Weise verwalten, sehen immer mehr und mehr von der Sache hinweg und nur auf die Form hin, bringen immerfort bei dieser vielleicht wahr-

re, aber nur mit nicht hinreichender Hinsicht auf die Sache selbst und daher oft zum Nachteil dieser ausschlagende Verbesserungen an, und so entstehen neue Formen, neue Weitläufigkeiten, oft neue einschränkende Anordnungen, aus welchen wiederum sehr natürlich eine neue Vermehrung der Geschäftsmänner erwächst. Daher **nimmt in den meisten Staaten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt das Personale der Staatsdiener und der Umfang der Registraturen zu und die Freiheit der Untertanen ab.** Bei einer solchen Verwaltung kommt freilich alles auf die genaueste Aufsicht, auf die pünktlichste und ehrlichste Besorgung an, da der Gelegenheiten, in beiden zu fehlen, so viel mehr sind. Daher sucht man insofern nicht mit Unrecht, alles durch so viel Hände als möglich gehen zu lassen und selbst die Möglichkeit von Irrtümern oder Unterschleifen zu entfernen. Dadurch aber werden die Geschäfte beinahe völlig mechanisch und die Menschen Maschinen; und die wahre Geschicklichkeit und Redlichkeit nehmen immer mit dem Zutrauen zugleich ab.

...
so muß **der erste Grundsatz** dieses Teils der gegenwärtigen Untersuchung der sein: **der Staat enthalte sich aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist; zu keinem andren Endzwecke beschränke er ihre Freiheit.**

Ich müßte mich jetzt zu den Mitteln wenden, durch welche eine solche Sorgfalt tätig geübt wird; allein da ich sie selbst, meinen Grundsätzen gemäß, gänzlich mißbillige, so kann ich hier von diesen Mitteln schweigen und mich begnügen, nur allgemein zu bemerken, daß die Mittel, wodurch die Freiheit zum Behuf des Wohlstandes beschränkt wird, von sehr mannigfaltiger Natur sein können, direkte: Gesetze, Ermunterungen, Preise; indirekte: wie daß der Landesherr selbst der beträchtlichste Eigentümer ist und daß er einzelnen Bürgern überwiegende Rechte, Monopolen usf. einräumt und daß alle einen, obgleich dem Grade und der Art nach sehr verschiedenen Nachteil mit sich führen.

... so steht noch immer der **Grundsatz, daß der Staat sich in nichts mischen darf, was nicht allein die Sicherheit angeht,**
...

Jedes Geschäft – welcher Art es auch sei – wird besser betrieben, wenn man es um seiner selbst willen als den Folgen zuliebe treibt. Dies liegt so sehr in der Natur des Menschen, daß gewöhnlich, was man anfangs nur des Nutzens wegen wählt, zuletzt für sich Reiz gewinnt. Nun aber rührt dies bloß daher, **weil dem Menschen Tätigkeit lieber ist als Besitz,** allein Tätigkeit nur, **insofern sie Selbsttätigkeit ist.** Gerade der rüstigste und tätigste Mensch würde am meisten einer erzwungenen Arbeit Müßiggang vorziehen. Auch **wächst die Idee des Eigentums nur mit der Idee**

der Freiheit, und gerade die am meisten energische Tätigkeit danken wir dem Gefühle des Eigentums. Jede Erreichung eines großen Endzwecks erfordert Einheit der Anordnung. Das ist gewiß. Ebenso auch jede Verhütung oder Abwehrung großer Unglücksfälle, Hungersnot, Überschwemmungen usf.

Allein diese Einheit läßt sich auch durch Nationalanstalten, nicht bloß durch Staatsanstalten hervorbringen. Einzelnen Teilen der Nation und ihr selbst im Ganzen muß nur **Freiheit gegeben werden, sich durch Verträge zu verbinden.** Es bleibt immer ein unleugbar wichtiger Unterschied zwischen einer Nationalanstalt und einer Staatseinrichtung. Jene hat nur eine mittelbare, diese eine unmittelbare Gewalt. Bei jener ist daher mehr Freiheit im Eingehen, Trennen und Modifizieren der Verbindung.

...
Je mehr der Mensch für sich wirkt, desto mehr bildet er sich. In einer großen Vereinigung wird er zu leicht Werkzeug. Auch sind diese Vereinigungen schuld, daß oft das Zeichen an die Stelle der Sache tritt, welches der Bildung allemal hinderlich ist. Die tote Hieroglyphe begeistert nicht wie die lebendige Natur.
...

Der komplette Text:
https://docs.mises.de/Humboldt/Humboldt_Grenzen_des_Staates.pdf

Über Wilhelm von Humboldt:
www.humboldt-gesellschaft.org/die-gesellschaft/namengeber/wilhelm-von-humboldt

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schief läuft.

Ihre Redaktion

Parteienstaat – was nun?



VON MARTINA LAABE

■ Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 21 GG ein Parteienstaat. Dieses System hat sich über Jahrzehnte bewährt, aber die Politik- und vor allem die Politikerverdrossenheit hat mit den Jahren stark zugenommen. **Nach der letzten Bundestagswahl ist die Unzufriedenheit der Bürger mit ihrer Regierung auf einem historischen Höhepunkt angelangt.**¹ Ein Reformbedarf ist also ganz offensichtlich.

Zwar gab es bei der Bundestagswahl 2025 eine hohe Wahlbeteiligung von 82,5 % (2021 waren es 76,4 %)², aber die Erwartungen der Wähler wurden enttäuscht, denn die **Wahlversprechen wurden nicht eingehalten, auf die lange Bank geschoben oder sogar in ihr Gegenteil verdreht.**

Wie steht es um die Parteien angesichts der aktuellen Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

Die sogenannten Altparteien CDU, CSU, SPD und FDP haben – Stand Ende 2024³ – gegenüber 1990 Mitglieder in hoher Zahl eingebüßt: CDU -53,9 %, CSU -32,8 %, SPD -62,1 %, FDP -59,9 %.⁴ Die Linke verlor im gleichen Zeitraum kontinuierlich an Mitgliedern, -79,2 % gegenüber 1990, erholte sich jedoch in 2024 (+16 %) und verdoppelte ihre Mitgliederzahl dann in 2025 auf insgesamt 123.126.⁵ Als Ursachen hierfür werden u. a. der Austritt Sarah Wagenknechts sowie die Gründung des BSW genannt, der neue Bundesvorstand und die medial befeuerte Angst vor einem Rechtsruck in Deutschland. Die Mitgliederzahl der Grü-

nen stieg kontinuierlich mal mehr, mal weniger bis auf 155.296 in 2024. Leicht erkennbar ist, dass die Altparteien deutlich an Attraktivität für einen Parteibeitritt verloren haben. Das mag eine Frage der Generationen sein, denn die „jüngeren“ Parteien wie Grüne und AfD (2013: 17.687 Mitglieder, 2024: 51.335 Mitglieder) erfreuen sich eines starken Zulaufs. Angesichts der jeweils sechsstelligen Mitgliederzahl von SPD, Linken und Grünen (insges. ca. 570.000 in 2024) nimmt sich die Zahl der AfD-Mitglieder – Vorsicht, Gefahr von rechts! – mit gut 51.000 sehr bescheiden aus. Der rechte und der linke politische Rand profitieren auf jeden Fall von der Unzufriedenheit der Wähler. Ob und inwieweit sich dieser Trend fortsetzt, bleibt abzuwarten. Die jüngsten deutlich einstelligen Wahlergebnisse⁶ von FDP und SPD in Baden-Württemberg lassen sogar vermuten, dass die eine oder andere Altpartei gänzlich am Ende ist und künftig unter „Sonstige“ geführt wird. Es sei denn, sie wird – wie die SPD – durch die sogenannte Brandmauer künstlich am Leben gehalten, was ja offenbar deren hauptsächlichlicher Sinn und Zweck ist.

Ein Blick nach Großbritannien zeigt, dass außergewöhnliche Neuentwicklungen angesichts unerträglicher Zustände möglich sind. Die junge Partei „Restore Britain“ hat nach Auskunft ihres Gründers Rupert Lowe in weniger als sieben Wochen mehr als 123.000 Mitglieder gewonnen und ist nun die

viertgrößte Partei des UK. Dem Vorwurf rechtsextremistisch, rassistisch, nationalistisch usw. zu sein, begegnet R. Lowe mit einem stoischen „I don't care“ [das ist mir egal]. Sein Ziel ist es, das „gute, alte“ Britain wiederherzustellen und Politik zum Wohle der Briten zu machen.⁷ **Politik für die autochthone** [alteingesessene, einheimische] **Bevölkerung zu machen, statt gegen sie, könnte der neue Trend werden.**

Das Engagement der Bürger in einer Partei hat insgesamt abgenommen: In Westdeutschland waren 1980, nach dem Hinzukommen der Grünen, knapp vier Prozent der beitragsberechtigten Bevölkerung (knapp zwei Millionen Bürger) in einer der fünf Parteien organisiert, Ende 1989 waren es noch 3,6 %.⁸ „Ende 2024 gehörten, trotz des Hinzukommens der AfD und des SSW (Südschleswigscher Wählerverband, nur in Schleswig-Holstein wählbar) und einer leichten Steigerung gegenüber 2023, nur noch gut 1,6 Prozent der beitragsberechtigten Bevölkerung einer der acht Parteien an.“ Zu beobachten ist folglich seit 1990 eine **„kontinuierlich abnehmende gesellschaftliche Verankerung des gesamten Parteiensystems“**. Das macht es neuen Parteien so schwer, sich zu etablieren, da ihnen die grundsätzliche Ablehnung oder Skepsis der Bürger entgegen schlägt. Junge Parteien wie die Basis oder Team Freiheit versuchen deshalb, mittels neuer Strukturen andere Wege zu beschreiten im Sinne einer direkteren Demokratie.

Auf der anderen Seite hat die Zahl der NGOs stark zugenommen. Sie sind zum Teil sogenannte Vorfeldorganisationen der Parteien.⁹ Hier bietet sich Aktiven und Aktivisten die Möglichkeit des Engagements, ohne nach außen sichtbar mit dem „Makel“ einer Parteizugehörigkeit behaftet zu sein, wenngleich diese nicht ausgeschlossen, manchmal sogar erwünscht und hilfreich ist. Häufig wird dieses Engagement durchaus verbunden mit einer finanziell

einträglichen Position, wie es in der Parteienlandschaft ebenfalls üblich ist. Nachdem in letzter Zeit das Image der NGOs gelitten hat, nicht zuletzt durch Recherchen von Autoren wie Björn Harms¹⁰, wird von linksgrüner Seite verstärkt der Begriff „Zivilgesellschaft“ bemüht. Eindeutig positiv konnotiert, kann sich dahinter doch nichts Negatives verbergen, oder? Aber wer sollte das Gegenteil der „Zivilgesellschaft“ sein? Die Unzivilisierten? Hier wird eine Mehrheit der „Gutmenschen“ beschrieben – wie bei anderen Gelegenheiten auch –, die in Wahrheit nur eine laute Minderheit ist. In der „Sonntagsfrage Bundestagswahl“ vom 1. 4. 2026 erreichen SPD, Grüne und Linke jeweils knapp über 10 %, während CDU/CSU und AfD bei 26 und 25 % liegen.¹¹ Die SPD ist definitiv keine Volkspartei mehr.

Wenn Parteipolitiker und Aktivisten sich von der Lebenswirklichkeit der Durchschnittsbürger, vor

allem denjenigen, die das System mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren, so stark entfernen, wie das aktuell der Fall ist, wird es schwierig für die Gesellschaft insgesamt. Der gerade in Krisenzeiten dringend benötigte Zusammenhalt fehlt dann ebenso wie die für das Funktionieren des Staates unabdingliche Identifikation der Bürger mit ihrem Staat. Die Parteien in Deutschland bieten für die gegenwärtig drängendsten Probleme keine überzeugenden Lösungen an. Können, wollen oder dürfen sie nicht? Und was bedeutet das für die Zukunft des Parteienstaates? ■

1 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article69305f1233272602e1d-cc405/deutschlandtrend-merz-unbeliebt-wie-nie-seit-der-bundestagswahl-zufriedenheit-mit-regierung-auf-tiefststand.html>

2 https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html

3 <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emposz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Parteimitglieder-Version-2025.pdf>

4 In absoluten Zahlen (Stand 2024): CDU 364.202; CSU 125.153; SPD 357.116; FDP 67.412; Linke 58.532; Grüne 155.296; Quelle s. Fußnote 3

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Linke

6 https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/20260309_Anlage_PM_vorlaufiges_Wahlergebnis.pdf

7 <https://www.restorebritain.org.uk/>

8 Hier und im Folgenden: <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emposz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Parteimitglieder-Version-2025.pdf>

9 siehe dazu auch Unzensiert Heft 57/ Februar 2026

10 Der NGO-Komplex. Wie die Politik unser Steuergeld verprasst. 2. Aufl. München 2025.

11 <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>

191 Millionen für linke Lobbygruppen

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 forderte die CDU/CSU von der Ampel-Regierung umfassende Auskünfte über staatlich geförderte Nichtregierungsorganisationen. Insgesamt 551 Fragen sollten klären, wie Steuergelder an NGOs verteilt werden. Der Tenor damals: Das muss sich ändern! Ein Jahr später zeigt der Haushaltsplan der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz für 2026 jedoch ein anderes Bild: Die Mittel für jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Vorfeld der Wahl öffentlich gegen „rechte Positionen“ mobilisiert hatten, steigen auf insgesamt 191 Millionen Euro. Trotz wiederholter Ankündigungen, die Förderung politisch aktiver NGOs ausgewogener zu gestalten, fließen weiterhin stei-

gende Summen in diese Strukturen. Die umfangreiche Anfrage aus dem Vorjahr scheint vergessen.

Statt Kontrolle gibt es nun Aufstockung, statt Transparenz eine wachsende Abhängigkeit staatlich geförderter Lobbygruppen.

dieBasis fordert die sofortige Einstellung aller Zahlungen an manipulative, nicht gewählte staatliche und private Institutionen und Stiftungen, die nachweislich nicht rein zweckgebunden und karitativ arbeiten sowie die politische Neutralität verletzen.

<https://www.bild.de/politik/inland/noch-eine-cdu-kehrtwende-ploetzlich-mehr-mio-fuer-linke-organisationen-68aec3c45d3e123a945aca2a>

https://www.youtube.com/watch?v=vV-ge_hoSngk

ANZEIGE

„Zukunftsmusik. Zeitlos. Verstörend. Sexy. Schön.“ (Grand Guitars)

„Slam Musiker der Notwist Generation.“ (Münchener Merkur)

wahn & sinn
Jens Fischer Rodrian

SOLOKONZERT & SLAM POETRY

13. 06. 2026
TICKETS !!

SMOOVE-BAR
GERBERSTR. 33
KEMPTEN ALLGÄU

SMOOVE-BAR

DEIN HERZ SCHLÄGT SCHNELLER ALS DU DENKST...

GERBERSTR. 33
87435 KEMPTEN
TELEFON:
08 31 / 69 73 78 99

BEGINN: 19:30



Handelsklasse I oder faules Obst?

VON HERBERT MAYER

■ Haben wir denn nichts gelernt? Mit „wir“ meine ich nicht nur die Politik, die seit Jahren beratungsresistent dahinwurschtelt. Mit „wir“ ist in erster Linie die Gesellschaft gemeint. Vieles spricht dafür, dass die Vogel-Strauß-Methode langanhaltende Schäden verursacht hat. Wer immer den Kopf nur in den Sand steckt, dem geht alles am Allerwertesten vorbei.

Die Ergebnisse der hinter uns liegenden Kommunalwahlen in Bayern und der Landtagswahlen in Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz zeigen das wieder in erschreckender Nüchternheit. Die Länder und die Kommunen sind hochverschuldet. Die Gemeinden müssen viele Projekte zurückstellen oder ganz streichen. Der letzte Strohalm für viele sind die Zuschüsse aus dem staatlichen Sondervermögen. Als wäre das die Lösung, prahlen die Stadtoberhäupter durch die Bank mit „ausgeglichenem Haushalt, Erfüllung der eigenen Vorgaben und Versprechen und sie verpassen den Bürgern damit oft eine fragwürdige Beruhigungspille. Welcher Selbstbetrug. Das wäre noch nicht das Schlimmste, weil wir das seit

jeher von der Politik kennen. Dass die Bürger aber ständig so blauäugig und naiv mitmachen, das ist das eigentlich Fatale an unserer Situation.

Wie kann es sein, dass es immer noch Menschen gibt, die unsere etablierten Partei-Politiker unterstützen und wählen? Dass die Bürger immer noch die gleichen Sprüche der gleichen Politiker glauben, dass ausgerechnet mit ihnen jetzt alles besser wird. Die Wirtschaft, das Gesundheitssystem, die Finanzen ... obwohl sie teils seit Jahrzehnten an den Missständen aktiv mitgewirkt haben. Aber natürlich ist das alles nicht so schlimm wie es kommen könnte, würde man gar die „Rechten“ wählen. Denn das wäre der Untergang für dieses Land und „unserer“ Demokratie. Also das kleinere Übel wählen, soll das wohl in ungewollter Offenheit heißen ...

Die großen und kleinen „Machthaber“ in den Städten und Kommunen profitieren leider von der volksübergreifenden Amnesie, die einst Ex-Kanzler Scholz so erfolgreich schützte. Die Menschen vergessen zu schnell, in welche Breddouille sie von der etablierten Politik gebracht wurden und werden. Die Liste der falschen Entschei-

dungen und der maßlosen Überheblichkeit, mit denen das Volk malträtiert wurde und wird, ist lang. Sie bezeugt vor allem eines, wir haben es mit machtbesessenen und unfähigen Entscheidungsträgern zu tun. Aber genau das versuchen sie, vergessen zu machen. So wird bei jedem Wahlkampf die eigene Schuld mit neuen Sprüchen übertüncht, im Wissen, dass die Erinnerung der Bürger schwach bis nicht mehr vorhanden ist, diesen ständigen Wahlbetrug wiederzuerkennen. Da ist von frischem Wind die Rede, den man in die Parlamente bringen will. Von neuen Perspektiven für den Mittelstand, von einem menschlichen Gesundheitswesen. Und nicht zuletzt von „seiner ganzen Kraft, die man dem Bürger aus Leidenschaft und Verantwortung widmen wolle“.

Jeder Krämer lobt seine Ware, so ein alter Spruch. Daran wäre nichts auszusetzen und das ist auch legitim. Nur, wenn man mir jedes Jahr Handelsklasse I verspricht und ich bekomme regelmäßig faules Obst, dann müsste ich mein Kaufverhalten irgendwann überdenken. Doch den Bürger stört das offensichtlich nicht.

Erinnern wir uns an Corona. Da haben doch nahezu alle Behörden, Ämter und Regierungsstellen versagt. (Man erinnere sich daran, dass am 16. März 2020, einen Tag nach der Kommunalwahl in Bayern, der erste Lockdown begann. Bis dahin war das Virus ungefährlich. Welche plumpe Täuschung). Sämtliche Stadtoberhäupter setzten damals die hässlichen Maßnahmen gegen Demonstranten mit härtester Gewalt und enormen Strafen durch. Nicht erst seit heute wissen wir, welches Unrecht herrschte. Doch auf den Werbeflyern stehen jetzt Kandidaten-Sätze wie: „Es ist mir ein Anliegen, Menschen miteinander zu verbinden und eine gemeinsame Identität in der Stadt zu stärken.“ Oder: „Eine Stadt, in der Respekt und Toleranz gelebt wird.“ Doch alles kann noch getoppt werden mit dem Spruch: „... eine Stadt, die ihre Geschichte selbst in die Hand nimmt.“

Als in der gleichen Stadt die Bürger mit einer Hundertschaft

schwerbewaffneter Sondereinsatzkräfte (SEK) durch die Straßen gejagt wurden, antwortete man uns als Partei die Basis auf eine entsprechende Beschwerde zur fehlenden Verhältnismäßigkeit an den Stadtrat mit der Floskel, dass man nur das umsetze, was „von oben“ vorgegeben wird. So viel zum Thema: „Wir nehmen die Geschichte selbst in die Hand.“

Auch die unsägliche Klimadiskussion darf natürlich nicht fehlen. „... eine vorbildlich klimafreundliche Stadt“ ist hier dem üppigen Flyer zu entnehmen. „Klimaschutz ist keine abstrakte Zukunftsaufgabe, sondern eine konkrete Verantwortung ...“ Phrasen aus dem Glanzprospekt der Energieversorger oder eines selbstbewussten Kandidaten für den OB-Posten einer 70.000-Einwohnerstadt, der wieder gewählt werden will? Und weil seine Werbeagentur genau weiß, wie links die Stadt tickt, ist das natürlich ein Pfund. Was alle verschweigen, dass man sich lokal nicht gegen die Fällung von Bäumen zugunsten eines Campingplatzes mit Eventcharakter stellt und auch nichts gegen die Abholzung von Wäldern für Windräder in einer windarmen Region unternimmt. Aber man will das Klima retten durch die Smart-City-Illusion, die zwar Subventionen bringt – die letztlich auch aus Steuergeldern der Bürger stammen – riesige Dauerkosten für die Stadt bedeutet, den Bürgern völlig nutzlos aufgenötigt wird und dessen Sinn und Zweck im Verborgenen bleibt und Spekulationen Tür und Tor öffnet.

Zurück zu den Bürgern. Alles, was im Argen liegt, wird unter den Tisch gekehrt oder den „Feinden der Demokratie“ angelastet. Und das oberflächlich Positive in Hochglanzprospekten geschickt formuliert, verklausuliert und kaschiert im Wissen, mit unmündigen und unwissenden Wählern rechnen zu können. „Zukunft – Wir gestalten sie!“ Nein danke, die Zukunft in 2020 ist die Gegenwart von heute. Wenn die weitere Zukunft wieder in die Hände der gleichen Marionetten aus den etablierten Parteien gelegt werden soll, dann wer-

den dem Bürger kein Verdrängen, kein Ignorieren und kein noch so großer Optimismus helfen. Aber es ist zu befürchten, dass die kollektive Hypnose weiter bestehen bleibt.

Nur eines kann uns noch Hoffnung geben: Die Zeit. Sie wird eines Tages vielleicht alle Damen und Herren, die in den vergangenen sechs Jahren und auch davor ihre Bürger verraten und verkauft haben, aus den bequemen Sesseln der Ratsstuben hinausbefördern. Da möchte ich dem Satz zustimmen: Das Internet vergisst nichts. Wer dem nicht traut, sollte

die Lügenpamphlete der Kandidaten gut aufbewahren.

Und weil wir die Hoffnung nicht aufgeben, möchte ich an dieser Stelle Heinz Rühmann als liebenswerten Professor Prätorius (1964) zu Wort kommen lassen:

„Und wenn es uns gelingt, ein Serum gegen die Dummheit zu finden, diese entsetzlichsten aller ansteckenden Krankheiten, dann wird es im Nu keinen Hass und keine Kriege mehr geben und an die Stelle der internationalen Diplomatie wird der gesunde Menschenverstand treten.“ ■

Ein indianisches Märchen



Eine alte Legende besagt, dass es eines Tages ein großes Feuer im Wald gab. Alle Tiere flohen voller Angst in alle Richtungen, denn es war ein sehr gefährliches Feuer. Plötzlich sah ein Jaguar einen Kolibri über seinen Kopf hinwegfliegen. Der Kolibri flog genau auf das Feuer zu.

Wenige Augenblicke später sah der Jaguar ihn zurückfliegen. Immer wieder kam er jedoch wieder und flog in den brennenden Wald. Der Jaguar verstand es nicht, bis er beschloss, den Vogel danach zu fragen, weil dieses Verhalten ihm sehr seltsam vorkam.

„Was machst du, Kolibri, fragte er?“

„Ich fliege zum See, antwortete er, ich trage Wasser mit meinem Schnabel und werfe es auf das Feuer, um es zu löschen.“

Der Jaguar lachte. „Bist du verrückt? Glaubst du wirklich, dass du dieses große Feuer mit deinem kleinen Schnabel löschen kannst?“

„Nein, sagte der Kolibri, ich weiß, dass ich das nicht kann. Aber der Wald ist mein Zuhause. Er ernährt mich, er bietet mir und meiner Familie Schutz. Dafür bin ich sehr dankbar. Und ich helfe dem Wald zu wachsen, indem ich seine Blumen bestäube. Ich bin ein Teil von ihm und er ist ein Teil von mir. Ich weiß, dass ich das Feuer nicht löschen kann, aber ich muss meinen Teil dazu beitragen.“

Das hörten die Waldgeister und waren von dem Vögelchen und seiner Hingabe an den Wald gerührt. Und es geschah ein Wunder. Die Waldgeister schickten einen sintflutartigen Regenguss, der dem großen Feuer ein Ende bereitete.

Indianische Großmütter erzählen diese Geschichte ihren Enkelkindern und geben ihnen den Rat mit auf ihren Lebensweg: Brauchst du Wunder in deinem Leben, dann erfülle deinen Teil.



Glyphosat – Krieg gegen das Leben

EINE BUCHBESPRECHUNG
VON CHRISTEL BECK

■ Am Glyphosat, bei uns meist bekannt unter dem Markennamen roundup, scheiden sich noch immer die Geister. Für vehemente Befürworter ist die Unbedenklichkeit längst bewiesen – wie kürzlich in einem Artikel des onlinemagazins Achgut¹ dargelegt, Kritiker hingegen weisen in der Regel auf die Einstufung der WHO von 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“² hin und spektakuläre Gerichtsentscheidungen in den USA.

Die Toxikologin Dr. Stephanie Senett forscht seit vielen Jahren über Glyphosat und zeigt in ihrem Buch, dass es nicht nur um Krebs geht. „Die Welt muss verstehen, dass Krebs nur eine der Gesundheitsgefahren der Glyphosat-Exposition ist“. Deshalb widmet sie dem Krebs in ihrem Buch kein eigenes Kapitel, aber sie zeigt, wie Glyphosat schwere körperliche Schäden verursacht. Dazu schreibt sie im Vorwort: „Krebs ist das Ende der Fahnenstange. Ich möchte, dass der Leser versteht, wie Glyphosat-Exposition erst die Voraussetzungen dafür schafft, dass ein Mensch durch schwere Stoffwechselstörungen an die Schwelle der Krebserkrankung gebracht wird.“³

In den Industrienationen gibt es teils dramatische Zunahmen von Autismus, „Chronisches Fatigue Syndrom (CFS/ME), chronische

Fettleibigkeit, nichtalkoholische Fettleber, Alzheimer-Demenz, Parkinson, Multiple Sklerose, [...] und das explosive Ansteigen von Krebserkrankungen auch bei jüngeren Menschen. Die Wissenschaft rätselt ... aber kaum jemand macht sich die Mühe, fachübergreifende Zusammenhänge zu suchen.“⁴

Glyphosat funktioniert, indem es den sogenannten Shikimat-Stoffwechselweg unterbricht. Diesen Stoffwechselweg nutzen Pflanzen und Mikroorganismen, um bestimmte Aminosäuren zu produzieren. In menschlichen Zellen existiert dieser Stoffwechselweg nicht, weshalb Befürworter davon ausgehen, dass es kein Risiko für uns Menschen darstellt.

Dabei scheinen diese Befürworter zu vergessen, dass der Mensch nicht nur aus menschlichen Zellen besteht, sondern in Symbiose steht mit „... Milliarden von Mikroorganismen, also Bakterien, Viren und andere, die uns vor allem im Darm, aber auch auf der Haut und auf anderen Körperregionen besiedeln. [Sie] sind von zentraler Bedeutung für uns. Diese Lebensgemeinschaft nennen Experten das ‚Mikrobiom‘.“⁵ Wie wichtig dieses Mikrobiom für unsere Gesundheit ist, wird vor allem in den letzten Jahren immer deutlicher. Ja, es besteht sogar eine Verbindung zwischen Darm und Gehirn. „Wenn wir den Darm krank machen, riskieren wir auch, das Gehirn krank

zu machen. [...] Darm und Gehirn [stehen] in enger Kommunikation.“⁶ „Glyphosat tötet alles ab, was den Shikimat-Stoffwechsel verwendet und dazu gehört ein Großteil unseres Mikrobioms.“⁷ Eine Folge ist die Vermehrung pathogener (krankmachender) Keime.

Aber Glyphosat ist nicht nur ein Herbizid. 1961 wurde es als Chelatbildner⁸ zur Rohrreinigung patentiert, erst 1968 dann als Herbizid für die Landwirtschaft und 2000 als Antibiotikum. Den großen Durchbruch erfuhr es, als in den 1990er-Jahren genveränderte Nutzpflanzen mit Glyphosat-Resistenz zugelassen wurden. „... anstatt Glyphosat vorsichtig und selektiv einzusetzen, konnten die Landwirte nun ganze Felder damit besprühen, und nur das Unkraut, nicht aber die Roundup-Ready-Pflanzen würden absterben.“⁹ Dies führte zu einer enormen Steigerung im Verbrauch des Herbizids. „Heute werden fast 150.000 Tonnen Glyphosat auf amerikanische Nutzpflanzen gesprüht.“¹⁰

In seiner Eigenschaft als „starker Chelatbildner ... bindet Glyphosat fest an Metalle, wodurch diese in ihrer Funktion als Katalysatoren für Enzyme, die darauf angewiesen sind, nicht mehr verfügbar sind.“ Pflanzen, die Glyphosat ausgesetzt sind, nehmen geringere Mengen von Mineralien auf. „... die aus diesen Pflanzen gewonnenen Lebensmittel [sind] mineralstoffarm.“¹¹

In unserem Erdboden wimmelt es von Bakterien, Pilzen und anderen Organismen. Auch hier reagieren einige sehr empfindlich auf Glyphosat. Senett nennt als Beispiel Sojabohnen, die in Gegenwart von Glyphosat Stickstoff nicht mehr effektiv aufnehmen können oder auch genveränderte Sojapflanzen, deren Stickstoffbindungskapazität in den Wurzelknöllchen reduziert ist. Die Nährstoffdichte in den Pflanzen kann reduziert sein oder die Bildung von Antioxidantien, womit auch wir durch unsere Lebensmittel weniger Antioxidantien aufnehmen.

Darüber hinaus hat Glyphosat mächtige, epigenetische, generationsübergreifende Effekte¹². Ver-

suche mit trächtigen Ratten, die Glyphosat ausgesetzt wurden, zeigten bei diesen Tieren keine beobachtbaren Schäden. In der zweiten und dritten Generation dieser Ratten wurden aber schwere Gesundheitsprobleme festgestellt. „Selbst wenn wir heute Produktion und Verwendung von Glyphosat einstellen würden, könnten die Menschen kommender Generationen die Folgen noch lange spüren.“¹³

Leider ist es keine Lösung für den Verbraucher, gentechnisch veränderte Lebensmittel einfach zu meiden. „Tatsächlich wurden die höchsten Konzentrationen von Glyphosat durchweg in nicht gentechnisch veränderten Lebensmitteln gefunden, die aus Weizen, Hafer und Hülsenfrüchten gewonnen werden.“ Bei vielen Pflanzen wird Glyphosat kurz vor der Ernte als Trockenmittel eingesetzt. Die Pflanze wirft ihre Blätter ab und trocknet aus – was die Ernte erleichtert.

Glyphosat ist inzwischen überall und auch im menschlichen Urin nachweisbar. „Menschen, die sich überwiegend biologisch ernähren, haben deutlich weniger Glyphosat im Urin als Menschen, die überwiegend konventio-

nelle Lebensmittel konsumieren, und Menschen, die gesund sind, haben deutlich niedrigere Glyphosat-Werte im Urin als diejenigen, die chronisch krank sind. Dennoch ist es nahezu unmöglich, Glyphosat vollständig zu vermeiden.“¹⁴

Dr. Senett sieht als Lösung nur ein weltweites Verbot von Glyphosat. „Bis dahin ... müssen wir selbst unsere Gesundheit und die unserer Kinder schützen.“ Und so gibt sie im letzten Kapitel praktische Ratschläge für ein gesundes Leben.

Leider sind wir weit entfernt von der Einsicht, dass Glyphosat verboten werden sollte. „Die EU-Kommission hat im November 2023 die Nutzung des Unkrautvernichtungsmittels Gly-

phosat für weitere zehn Jahre genehmigt.“¹⁵ Und zwei aktuelle Meldungen zeigen, dass ein Verbot nicht ansatzweise zur Debatte steht:

Im Februar 2026 hat „US-Präsident Trump glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel und Phosphor als verteidigungsrelevant eingestuft. Nach Angaben des Weißen Hauses unterzeichnete er dazu einen Erlass. Damit verbunden ist die Anordnung, dass die Produkte in den

Vereinigten Staaten hergestellt werden müssen, um jederzeit verfügbar zu sein.“¹⁶

tkp.at meldete im Februar 2026, dass Israel auf Land im Südlibanon und im Südwesten Syriens eine unbekannte Chemikalie versprüht habe. Entnommene Proben ergaben schließlich eine hohe Konzentration von Glyphosat.¹⁷

1 https://www.achgut.com/artikel/experimente_mit_menschenstatt_mit_kartoffeln

2 <https://www.agrarheute.com/land-leben/who-glyphosat-wahrscheinlich-krebserregend-509757>

3 Senett, S. 19

4 Aus dem Nachwort von Dr. Hans-Michael Hackenberg, S. 290

5 <https://www.helmholtz-hzi.de/wissen/wissensportal/mikrobiom/>

6 Senett, S. 70

7 ebd., S. 67

8 Substanz, die mit Metallen eine feste Verbindung, ein Chelat, eingeht. <https://www.wissen.de/medizin/chelatbildner>

9 Senett, S. 23

10 ebd.

11 ebd., S. 12

12 ebd., S. 196

13 ebd., S. 199

14 ebd., S. 25

15 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/544498/eu-verlaengert-glyphosat-genehmigung/>

16 <https://www.deutschlandfunk.de/praesident-trump-stuft-glyphosat-und-phosphor-als-verteidigungsrelevant-ein-102.html>

17 <https://tkp.at/2026/02/06/israel-besprueht-nachbarstaaten-mit-glyphosat/>



Stephanie Senett
Tödliches Vermächtnis
Wie das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat unsere Gesundheit und Umwelt zerstört
Rubikon-Verlag
ISBN 978-3-9525954-8-0
368 Seiten, Softcover, 24 €

Von oben kommt nicht immer nur Gutes ...

Foto links: Wer meint, dass dies Kondensstreifen des normalen Flugverkehrs seien, sollte bitte mal erklären, warum der gleiche Himmelsausschnitt einen Tag davor sowie einen Tag danach so aussah, obwohl kein Flugverbot herrschte (Foto rechts)!



Fotos: Volker Freystedt



Für seinen Pkw benötigt man eine Feinstaubplakette, während gleichzeitig unsere Atmosphäre kontaminiert wird.



Spiritualität in der Politik



Abbildung: Pixabay

VON REFEREND LIBERTY
GEORGE*

■ Lange vor der C-Krise, wenn ich hin und wieder eine der ab der Nuller-Jahre ins Kraut schießenden Talkshows im Deutschen Fernsehen angesehen habe, wunderte ich mich schon über die stattfindenden, recht monotonen Abläufe darin. Es waren irgendwie Schlachten, in denen sich politische Gegner als Mitglieder verschiedener Parteien gegenseitig angegriffen oder sogar verunglimpft haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass objektiv lösungsorientierte Ansätze vom jeweiligen Gegner wirklich goutiert wurden, oder dass die Leiter der Diskussionsrunden in diese Richtung moderiert hätten.

Damals schon dachte ich, wie einfach es doch sein könnte, wenn ein Bewusstsein vorhanden wäre, das sich an dem orientiert, was den Menschen dienlich ist. Ein geradezu göttlicher Ansatz.

Das würde ja nicht bedeuten, dass ein Gegenüberstellen der besten Argumente und das Streiten darum obsolet wäre. Aber der Gedanke der Sinnhaftigkeit würde immer zu besseren Ergebnissen führen, als das reine Kämpfen um das Rechthaben.

Und so wird weiter gestritten, zumeist Sinnloses vor Sinnvollem installiert, die Menschen mit Wissenschaften torpediert, die bei genauer Prüfung diesem Anspruch nicht mehr standhalten können. Keiner wundert sich, dass in den 80er-Jahren eine Eiszeit prophezeit wurde, und seit 2019 laut der schwedischen Nachwuchskönigin Greta ein kochender und unbe-

wohnbarer Planet schon in den kommenden Jahrzehnten Einzug halten wird. Wenn wir, ja wenn wir nicht bezahlen.

Das alleine macht doch schon stutzig. Wenn die Europäer ihr Ersparnis in teure Energie stecken, dann ist also das Schlimmste vermeidbar.

Das wäre vielleicht noch zu durchschauen. Nun versucht man nicht nur die Jugend mit Genderprache und der Generierung von etlichen neuen Geschlechtern zu verwirren, sondern pocht zudem auf die wehrhafte Demokratie in unserem Land.

Ich werde den Verdacht einfach nicht los, dass es mit „unserer Demokratie“ gar nicht so weit her ist. Unsere Demokratie gehört doch nicht unseren Politikern. Wenn die Herrschaft des Volkes, Mitbestimmung, Redefreiheit und privater sowie öffentlicher Diskurs in gesunder Verfassung wären, müsste man dann so viel über Demokratie reden und schreiben?

Das Pochen auf die wehrhafte Demokratie dient heutzutage als (noch) recht erfolgreicher Versuch, andere Meinungen als im Mainstream kolportiert, ins Reich der gefährlichen Zersetzung zu diskreditieren.

Es existiert mittlerweile sicherlich ein breites Spektrum an Menschen, die bereits erkannt haben, dass hier eine spezielle Agenda durchlaufen wird, die nichts Gutes für die meisten Menschen erwarten lässt.

Und das beste Mittel, um Ziele gegen eine breite Mehrheit durchzusetzen, ist: Spaltung. Schon in der Corona-Krise mit großem Er-

folg installiert, danach weiter geführt beim Ukraine-Krieg, Klimawandel, natürlich mit dem polarisierenden Menschen Donald Trump, etc.

Wenn wir genau hinsehen, erkennen wir also, dass die Welt weder in einer politischen, wirtschaftlichen, religiösen oder gar ökologischen Krise steckt.

Das Problem der Menschheit liegt im bewusst künstlich erzeugten Gefühl der Trennung. Das, was die Kirche immer schon praktiziert hat, wird nun auch von der Politik und den sogenannten Eliten genauso verwertet. Die Einteilung in einen liebenden und gleichzeitig einen strafenden Gott, in das Gute und das Böse.

Wenn wir davon ausgehen, dass der Kosmos das Produkt einer genialen Schöpfung ist, die wir Liebe, Licht, Gott, Energie, oder einfach nur Quelle bezeichnen können, dann würde das Bewusstsein der Menschen, dass wir alle Eins sind und „verbunden mit der Quelle“, bedeuten, dass wir immer das Beste für uns als Individuum, aber auch für die Menschen um uns herum anstreben.

Denn dann wüssten wir, dass wir alles, was wir einem anderen antun, auch uns selbst angedeihen lassen. Wer würde dann noch gegen dieses kosmische Gesetz handeln?

Der Zauber liegt also nicht in Psychotherapie, in der Psychologie oder in einer ausufernd komplizierten Philosophie, sondern im bewussten Sein. In der Verbindung zum wahren Selbst, das jeder nur für sich erkennen kann.

Ich kann nur beten darum, dass wir Menschen unser Bewusst-Sein schärfen. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der nahen Zukunft eine vollkommen neue Erde erschaffen, in der jeder seinen Platz findet als wertgeschätzte individuelle Ausprägung eines allumfassenden Gottes, einer unendlichen und bedingungslosen Liebe, eines jenseits von hell erstrahlenden Lichtes und einer unerschöpflichen Quelle kreativer Energie im besten Sinne. ■

* Pseudonym, Name ist der Redaktion bekannt.

WAS DIE 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030 WIRKLICH FÜR DIE MENSCHEN BEDEUTEN

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN



Punkt 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Ziel ist die Zersetzung jeder wirtschaftlichen und finanziellen Unabhängigkeit durch die Zerstörung von CO₂-intensiven Wirtschaftszweigen, der Abschaffung des Bargeldes und der Beseitigung aller Strukturen, die nicht der Agenda des World Economic Forums und der UN entsprechen. Ein individuelles Grundeinkommen mit entsprechenden Steuerungsinstanzen über CO₂-Konten und digitale Währungen wird

den Konsum direkt beeinflussen oder unterbinden können. Ethnien werden vermischt, um jede kulturelle und religiöse Individualität zu eliminieren. Dazu werden multikulturelle Partnerschaften gefördert. Das Forcieren von kultur- und religionsbedingten Konflikten führt zu Extremsituationen, die die Grundlage dafür schaffen, dass weitere Freiheiten seitens der Regierungsebene eingeschränkt werden. Das Bildungs-, Finanz- und Gesundheitssystem wird zentralisiert und gleichgeschaltet. Auch wird unter dem Deckmantel der Friedens- und Völkerverständigung eine Weltreligion und eine Weltkultur eingeführt. Um das Niveau anzugleichen, wird wirtschaftlicher Wettbewerb kriminalisiert und Privateigentum verstaatlicht. Die Berechtigungen auf Ressourcen werden nach Vorgaben der neuen Weltregierung verteilt.

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/33192>

Fortsetzung folgt im nächsten Heft

Wenn wir es nicht sagen

*Wenn wir es nicht sagen, wer soll es dann tun,
wenn wir immer schweigen ist alles vorbei,
wenn wir uns nicht trauen, die Wahrheit zu sagen,
dann sind wir am Ende – und niemals mehr frei.*

Wir haben geschwiegen, als man uns verwehrte,
die Kinder und Enkel zu sehn.
Man hat uns gesagt, wir werden bald sterben,
wenn wir zu den Großeltern gehn.

Nur wenige trauten sich, das zu bestreiten.
man machte es ihnen sehr schwer.
Doch jemand musste die Wahrheit doch sagen,
man wünschte, es wären viel mehr.

Und wer sich gegen das Impfen dann wehrte,
war draußen und wurde verklagt.
Nur wenige lehnten sich dagegen auf
und haben die Wahrheit gesagt.

Wenn du etwas gegen die Klima-Chaoten
und deren Verlogenheit sagst,
bist du ein Idiot und man nimmt dich nicht ernst,
auch wenn du die Wahrheit nur sagst.

Man darf es nicht leugnen, dann bist du verrückt,
man darf dazu gar nichts mehr fragen.
Und alle werden als Rechten dich framen
und wollen dazu nichts mehr sagen.

Wenn du dann noch sagst, die Windräder schaden
den Menschen und auch unsern Tieren,
dann bist du der Narr und machst dich zum Feind
von allen, die wohl profitieren.

Wer Krieg führt ist ein Verbrecher,
das muss man so deutlich benennen,
weil wir hier im Land und auch auf der Welt
die Kriegsverbrecher gut kennen.

Wir sind gegen Krieg und zwar gegen jeden
und müssen auch laut protestieren,
und denen unser Vertrauen entziehen,
die Hetze und Kriege noch schüren.

Sie alle haben den Kompass verloren
und reißen das Volk ins Verderben,
am Ende müssen die Menschen es büßen
und unser Land liegt in Scherben.

TEXT: HERBERT MAYER
MUSIK: KI



UNZENSIERT-SONG
abspielen

Windkraft-Desaster

Pressemitteilung der EnBW vom 15. Januar 2026:

EnBW Energie Baden-Württemberg AG: EnBW führt UK Offshore-Windprojekte Mona und Morgan nicht fort – Wertberichtigung von €1,2 Mrd. im Jahresabschluss 2025

Karlsruhe – Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) hat heute beschlossen, die beiden UK Offshore-Windprojekte Mona und Morgan mit einer potenziellen Gesamtleistung von drei Gigawatt nicht weiter zu verfolgen.

Primärer Anlass für diese Entscheidung ist der Nichterhalt einer staatlichen Förderung durch sog. „Contracts for Difference“ in der aktuell abgeschlossenen Allokationsrunde für beide Projekte.

Weitere, nicht beeinflussbare Faktoren (u. a. signifikanter Kostenanstieg in der Lieferkette, gesunkene Strompreise an den Großhandelsmärkten und höhere Zinssätze) und anhaltende Projektumsetzungsrisiken haben dazu geführt, dass die Wirtschaftlichkeit der Projekte nach EnBW-Maßstäben und Kriterien nicht mehr gegeben ist.

Die Nichtfortführung der Projekte Mona und Morgan durch die EnBW wird im Jahresabschluss 2025 in Höhe von 1,2 Milliarden Euro durch Wertberichtigung der Beteiligungen berücksichtigt. Die Sonderbelastung mindert das neutrale Ergebnis und ist nicht zahlungswirksam. [...]

<https://www.enbw.com/investoren/news-und-publikationen/enbw-fuehrt-uk-offshore-windprojekte-mona-und-morgan-nicht-fort.html>

Windkraft-Desaster: EnBW schreibt 1,2 MILLIARDEN Euro ab!

VON HERBERT MAYER

■ Der Energieriese EnBW zieht den Stecker bei zwei riesigen Offshore-Windprojekten in der Irischen See. Grund: Ohne staatliche Förderung von Großbritannien rechnet sich das Ganze einfach nicht mehr. Die Folge: EnBW muss im Jahresabschluss 2025 satte 1,2 Milliarden Euro abschreiben – Geld, das in Planung, Gutachten, Flächensicherung & Co. schon versenkt wurde. Kein einziges Windrad steht, und trotzdem ist der Schaden enorm.

Diese Meldung kommt für viele doch überraschend. Der Energiekonzern EnBW steigt aus den Offshore-Windpark-Großprojekten MONA und MORGAN in Großbritannien aus. Es rentiert sich einfach nicht, wenn die staatlichen Subventionen wegfallen oder geringer werden. Der Baden-Württembergische Großkonzern gehört zu 47,74 % dem grün regierten Land und 47,47 % dem Zweckverband Oberbayerische Elektrizitätswerke, einem Zusammenschluss von mehreren Kommunen. Also ein fast 100-prozentiges Staatsunternehmen. 1,2 Milliarden Euro Verlust, weil ein Windpark nicht funktioniert hat. Steuergelder vom Winde verweht.

Es geht um einen Windpark in England, aber das Prinzip ist das gleiche wie bei uns. Und Kritiker wissen schon lange: Ein Windpark rentiert sich nur durch staatliche Förderungen. Fallen diese weg, sind die Projekte unrentabel. Das Unternehmen hatte für die erfolgreiche Projektentwicklung in Rekordzeit eine Baugenehmigung erhalten. Das Offshore-Windpark-Projekt wurde als national bedeutendes Infrastrukturprojekt einge-

stuft. Der Antrag auf Entwicklungsgenehmigung wurde beim Staatssekretär für Energiesicherheit in England eingereicht und ungewöhnlich schnell genehmigt.

Wird uns nicht immer erzählt, Sonne und Wind schicken keine Rechnung, weil diese alternative Energie so billig ist? Wenn dem so wäre, warum musste der Steuerzahler mit über 16 Milliarden Euro im letzten Jahr diese Energieform fördern? Jetzt hat das britische Ministerium für Energiesicherheit die Unterstützung beendet, die so ähnlich funktioniert wie bei uns die EEG-Umlage. Fällt diese aus, sind die Parks nicht mehr rentabel. Die Risiken für die Unternehmen werden unkalkulierbar. Dazu zählen zunehmend verschlechternde Rahmenbedingungen, wie Kostensteigerungen in der Lieferkette oder höhere Zinssätze, Planungs- und Gutachterkosten. Dumm gelaufen und hat halt den Steuerzahler 1,2 Milliarden Euro gekostet. Jetzt schreibt das Unternehmen 1,2 Milliarden ab.

Aber sie werden ja nicht gescheit, EnBW ist schließlich ein Staatsunternehmen. „Die Offshore-Windenergie bleibt ein wichtiges Geschäftsfeld für die EnBW im Zuge der Anpassung der erneuerbaren Energien.“ Bis 2030 soll die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien von aktuell rund 7 Gigawatt auf mindestens 10 bis 11,5 Gigawatt ausgebaut werden. Und das, obwohl viele abspringen und merken, dass es selbst mit Fördergeldern ins Uferlose geht, da die Rahmenbedingungen sich ständig verschlechtern. Doch das Staatsunternehmen muss den Vorgaben eines grün regierten Landes folgen. Steuerzahler hin, Verluste her. Wenn wir in die Kacke gelangt haben, dann machen wir es gleich noch mal und schauen, ob das Ergebnis anders ausfällt. Und die bayerischen Partner? Man hört nichts. ■

Quelle: Energie & Outdoor Chiemgau / Energie & Vorsorge
<https://www.youtube.com/watch?v=Fei-iOIM-oOM>



... es geht um die Grundrechte

... und dass wir aber geframt werden eben als „rechts, rechts, Nazi“, Anti-Corona und was weiß ich, [ist] ein Zeichen dafür, dass man den Leuten den wahren Kern unserer Partei gar nicht nahebringen will. Und es gab ja in der [Corona-]Zeit mehrere Versuche, Parteien zu gründen,

Widerstand 2020, Wir2020, auch Bewegungen, Querdenken mit Michael Ballweg und so weiter. Das sind Anti-Corona-Sachen gewesen. Die Corona-Kritik hat bei uns eine Riesenrolle gespielt, das ist Fakt. Und trotzdem ist die Anlage der Partei selber aber viel tiefergehend, nämlich, um es noch-

mal zu sagen, es geht darum, um die Grundrechte. Und wer seine Grundrechte verteidigt, der muss gegen diese Corona-Restriktionen sein.

<https://t.me/dieBasisbewegt/3105>

<https://www.youtube.com/watch?v=2OcyYiJhlu8>

Fünf Jahre UNZENSIERT

Braucht es in Zeiten wie diesen ein gedrucktes Magazin, das über mittlerweile 60 Ausgaben hinweg versucht, eine etwas andere Sicht der Dinge darzustellen, angefangen von der Corona-Zeit bis zu den heutigen weltbedrohenden Kriegsszenarien? In Zeiten, in denen wir mit Informationen überfrachtet werden, die Sozialen Medien jeden Aspekt unseres Daseins ausleuchten, während wir mit den Öffentlich-Rechtlichen immer wieder im Clinch liegen?

Unser kleines Team versucht seit fünf Jahren, die Dinge außerhalb des Mainstreams aufzuarbeiten. Zugegeben manchmal aus subjektiver Sicht. Und mit einer überschaubaren Reichweite. Dennoch ist es uns ein Anliegen, Themen anzusprechen, die uns wichtig scheinen, kurze Beiträge in verständlicher Sprache, optisch ansprechend gestaltet und gut lesbar. Entgegen allen Unkenrufen, die uns immer wieder signalisieren, dass ohnehin nicht mehr gelesen werde, allenfalls im „Wisch- & weg-Modus“ am Handy.

Nun könnten wir mit der Unzensiert nicht so lange durchhalten, würden wir nicht von vielen immer wieder durch größere oder kleinere finanzielle Zuschüsse unterstützt. Dafür bedanken wir uns an dieser Stelle ganz herzlich. Dass ein guter Freund das Heft Monat für Monat kostenlos ins Internet stellt, ist auch keine Selbstverständlichkeit. Viele unserer Leser verteilen mehrere Exemplare und sorgen dafür, dass das Magazin auch von weniger gut informierten Menschen gelesen werden kann. Auch all diesen gilt unser Dank.

Das motiviert uns natürlich und dennoch stellen wir die Frage: Wird unser Magazin wahrgenommen und gelesen? Treffen wir die richtigen Themen? Welche Aspekte müssten wir stärker berücksichtigen? Ist unser eingeschlagener Weg der richtige? Hier brauchen wir unbedingt Ihre Hilfe. Welche Themen müssten wir stärker in den Vordergrund stellen? Manche sagen uns, Ihr berichtet viel zu negativ, das belastet uns mehr, als dass es uns



ermutigt. Doch die Realität holt uns leider immer wieder ein.

Die Krisen, die kein Ende nehmen wollen und die wir zum großen Teil unseren Regierungen anlasten, bescheren uns immer neue und selten positiv besetzte Themen. Corona ist längst nicht ausgestanden und ein Wille zur Aufklärung nicht erkennbar. Das unselige Klima-Thema lastet schwer über dem Land und die zerstörerischen Kriege gefährden unsere Zukunft. Wenn das Bargeld abgeschafft wird und die Energiekrise das Land weiter in den Abgrund reißt, so liefert das alles Stoff, wenn auch keinen erfreulichen, für unzählige weitere Ausgaben. Wenn es denn gewünscht wird, wenn wir das Signal bekommen, weiterzumachen. Bitte schreibt uns auf UNZ.magazin@posteo.de oder per Post an Herbert Mayer, Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten. Ihre Meinung, Ihre Kritik und gerne auch Ihr Lob werden wir uns zu Herzen nehmen.

Herbert Mayer
im Namen der Redaktion

**Zeig mir, dass Du
in Deutschland bist,
ohne mir zu sagen,
dass Du in
Deutschland bist.**



**In der DDR
wurde das West-
fernsehen verboten.
Inzwischen bin
ich auch dafür!**

**Ich möchte mich herzlich
bedanken, bei den
Supermärkten, die trotz
aller Preiserhöhungen
den Preis der Einkaufswagen
bei 1 Euro stabil hielten.**



Ein Politiker besucht einen Bauernhof, umgeben von Presseleuten.

Ein Fotograf knipst ihn im Schweinestall.

Der Politiker sagt zum Fotografen: „Schreib mir ja keinen Blödsinn unter das Bild, wie z. B. Politiker unter lauter Schweinen. Oder: Politiker in gewohnter Umgebung.“

„Nein, nein, schon klar, sagt der Fotograf.

Am nächsten Tag steht das Bild in der Zeitung mit der Bildunterschrift: Politiker (3. v. links).



**Mein Schnürsenkel
ist heute gerissen!
Die meisten Leute
würden Trump oder
Russland die
Schuld geben.
Aber ich weiß, dass
es am Klimawandel
liegt**

